

Zusammenbruch, Aufbruch, Abbruch? Die Novemberrevolution als Ereignis und Erinnerungsort

Veranstalter: Weimarer Republik e.V., Forschungsstelle Weimarer Republik, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Datum, Ort: 24.11.2017–26.11.2017, Weimar

Bericht von: Verena Wirtz, Geschichte, Universität Koblenz-Landau, Campus Koblenz

Versteht man Jubiläen mit Aleida Assmann als „Denkmäler in der Zeit“, so müsste die derzeitige „Jubiläumitis“ als Exzess der Denkmalpflege in die Geschichte unserer Gegenwart eingehen¹. Um einer derart vergangenheitsversessenen Zeitkrankheit vorzubeugen, fühlen sich viele Geistes- und Kulturwissenschaftler neuerdings dazu verpflichtet, jedem Gedenktag eine nützliche Denktagung entgegenzusetzen. Nichtsdestotrotz werden wissenschaftliche Veranstaltungen mit Jubiläumsappeal oft erst durch diesen ermöglicht: sei es finanziell durch die Unterstützung vom Bund oder von Forschungsgemeinschaften oder medien- und marktökonomisch durch die Generierung der öffentlichen wie wissenschaftlichen Aufmerksamkeit.

Als Vorsitzende des Vereins und Leiter der Jenaer Forschungsstelle „Weimarer Republik“ waren sich MICHAEL DREYER und ANDREAS BRAUNE dieser berufsethischen Herausforderung bewusst, als sie im 99. Jahr der Novemberrevolution renommierte WissenschaftlerInnen aus dem In- und Ausland ins geschichtsträchtige Weimar einluden, um pünktlich zum Zentenarium den Tagungsband zu veröffentlichen. Auch hatten die beiden Politikwissenschaftler schon in den letzten zwei Jahren eine Vielzahl von (Nachwuchs-)Tagungen, wissenschaftlichen Kooperationen, (Wander-)Ausstellungen, Preisverleihungen und Veröffentlichungen zur Weimarer Demokratiegeschichte in die Wege geleitet. Ging es in der Vergangenheit entweder um neue Forschungsansätze oder um ihre öffentliche Vermittlung, machten die Schirmherrn nun explizit beides zum Gegenstand der Tagung: Eine aktuelle Bestandsaufnahme zur „Novemberrevolution als Ereignis und Erinnerungsort“ müsse erst zeigen, so die Organisatoren, dass

die Deutsche Revolution im kollektiven Gedächtnis und wissenschaftlichen Diskurs zu Unrecht in Vergessenheit geraten ist. Könnte dieser Beweis nicht erbracht werden, erklärte ALEXANDER GALLUS (Chemnitz) augenzwinkernd, müsse die zweite Auflage seiner vielzitierten Studie über die „vergessene“ als „wieder vergessene Revolution“ auf den Markt kommen.

Darüber hinaus betonte Dreyer in seiner Einführung, dass das Jubiläum auch ein Anlass sein könne, um mit dem gewachsenen zeitlichen Abstand zum historischen Gegenstand, die Novemberrevolution von ihrer langwierigen parteipolitischen und unwissenschaftlichen Instrumentalisierung zu befreien. Braune fügte dem hinzu, dass die historische Distanz es ebenso ermögliche, neue Schlaglichter auf die Revolution zu werfen, sei es in transnationaler, interdisziplinärer oder in thematisch-theoretischer sowie methodischer Hinsicht. Diesen Erwartungen entsprach voll und ganz der Historiker und Journalist WOLFGANG NIESS (Stuttgart). In seinem Vortrag stellte er der bislang „verdrängten und politisierten Erinnerung“ an eine „ungeliebte Revolution“ die Deutung der Novemberrevolution als „wahrer Beginn unserer Demokratie“ entgegen.

Einer Neudeutung wie dieser verweigerte sich im ersten Panel zur Rolle des Kaiserreichs während der Revolution KARL HEINRICH POHL (Kiel) ganz bewusst, indem er betont mit dem Habitus der Bielefelder Schule ein altes Gedankenexperiment neu auflegte. Sein Erkenntnisinteresse sei von der Frage geleitet, warum es so selten gelänge, eine parlamentarische Demokratie in andere Länder zu „verpflanzen“. Weil Pohl ein von einer breiten Basis getragenes demokratisches Bewusstsein zur Grundbedingung für eine stabile Demokratie und dieses zum Kern seines Demokratiebegriffs erklärte, kam er zu dem „provokativen“ Schluss, dass die Revolution von 1918/19 „kontraproduktiv“ und „unnötig“ war, man es also besser bei einer konstitutionellen Monarchie hätte belassen sollen, um den

¹ Marko Demantowsky, Vom Jubiläum zur Jubiläumitis, in: Public History Weekly 2 (2014) 11: <http://dx.doi.org/10.1515/phw-2014-1682>; Vgl. Aleida Assmann, Jahrestage – Denkmäler in der Zeit, in: Paul Münch (Hrsg.), Jubiläum, Jubiläum... Zur Geschichte öffentlicher und privater Erinnerung, Essen 2005, S. 305-315.

Aufstieg des NS zu verhindern. Während sich Pohls kontrafaktische Überlegungen auf dem bereits relativierten Topos von der Republik ohne Republikaner stützten – die Einwohner von „Trizonesien“ waren offenbar nicht Teil seines Gedankenexperiments –, stellte LOTHAR MACHTAN (Bremen) aus zeitgenössischer Perspektive dar, wie der „Endzeitkanzler“ Prinz Max von Baden unfreiwillig zum „Geburtshelfer der Demokratie“ avancierte. Im Angesicht der Kriegsniederlage, der Oktoberreformen und Exilpläne des Kaisers habe er keine andere Wahl gehabt, als sich dem Volkswillen zu fügen. In der Diskussion plädierte neben Machtan vor allem Niess und WOLFRAM PYTA (Stuttgart) dafür, die Gründungsphase der Republik nicht normativ nach heutigen Idealvorstellungen zu beurteilen, sondern die damaligen Möglichkeits- und Erwartungshorizonte (Koselleck) der Demokraten in den Blick zu nehmen.

Dieser Forderung kam NADINE ROSSOL (Essex) im zweiten Panel nach, indem sie sich allein auf die zeitgenössische Wahrnehmung der Revolution konzentrierte. Anhand von Aufsätzen sechzehn bis achtzehnjähriger Schüler unter anderem aus dem Ruhrgebiet stellte sie anschaulich dar, welche unterschiedlichen Erwartungen junge Menschen an die Revolution knüpften und wie sie jenseits der Revolutionszentren erlebt bzw. gar nicht registriert wurde. Pyta konnte in seinen anschließenden „kulturhistorischen Reflexionen über den Gestaltwandel des Politischen“ nach dem Ersten Weltkrieg konkretisieren, warum es erkenntnisergiebiger ist, die alten Debatten nicht noch einmal zu führen. Aus internationaler, kultur- und begriffsgeschichtlicher Perspektive rekonstruierte der Historiker das damalige Demokratieverständnis, indem er statt nach dem ‚Was‘ nach dem ‚Wie‘ der politischen Aktionen und Artikulationen fragte und z.B. zeigte, wie sich im Erwartungshorizont deutscher Künstlerrevolutionäre das Sehnsuchts- und Fluchtbild des französischen *citoyen engagé* manifestierte. Gegen mögliche Missverständnisse seiner These von der „ästhetischen Mobilisierung“ 1918 / 19 betonte Pyta, dass gerade der im Vergleich zu Frankreich überbordende Gestaltungswille der Deutschen, also die Art und Weise, wie theatralisch „die Revolution zur Aufführung

gebracht wurde“, einen entscheidenden Aufschluss darüber geben könne, warum die hohen Erwartungen an die Demokratie von den Erfahrungen überholt und letzten Endes gar nicht hätten eingelöst werden können.

Dieses Leitmotiv enttäuschter Erwartungen setzte sich in den folgenden Panels und Diskussionen durch. Davon zeugte sowohl die wechselseitige Wahrnehmung zwischen russischen und deutschen Revolutionären als auch sozialdemokratischen und radikalen Linken wie GLEB J. ALBERT (Zürich) und WALTER MÜHLHAUSEN (Heidelberg) im dritten Panel ausführten. Während in Deutschland das Schreckensbild von der „Bolschewisierung“ der Revolution nicht nur unter ihren Gegnern kursierte, gab Lenin schnell seinen Traum vom Anfang und Ende der Weltrevolution in Deutschland auf. Unter den deutschen Linken sei die Kluft zwischen „Programm- und Realpolitik“, Reform- und Revolutionskurs genauso unüberbrückbar gewesen, was Mühlhausen am Beispiel des umstrittenen Prozesses wirtschaftspolitischer „Sozialisierung“ illustrierte.

Dass auch die Frauenbewegung gespalten war, wies INGRID SHARP (Leeds) in ihrem sehr differenzierten Vortrag über die Einstellung von Politikerinnen zur Revolution nach. Obwohl eine der höchsten Errungenschaften der Revolution, habe das Frauenwahlrecht unter den weiblichen Akteuren keine einheitliche Bewertung erfahren. Das zeige natürlich, so Sharp, dass die Frauen keine homogene, unpolitische Gruppe darstellten, wie es die männlich dominierte Revolutionsforschung lange behauptet hatte, sondern dass sie genauso parteipolitisch engagiert und ideologisch gespalten waren wie ihre männlichen Zeitgenossen. Im Gegensatz dazu hob HEDWIG RICHTER (Hamburg) das Frauenwahlrecht als einzig „nichtkontroverse Errungenschaft“ der Revolution hervor, weil dieses durch umfassende Reformen in der Sozial-, Wohnungs-, Erziehungs- und Körperpolitik seit der Jahrhundertwende geradezu fällig gewesen sei. So hätte zum Beispiel die Reform der zuvor in barbarischen Formen ablaufenden Wahlpraxis in Europa und den USA zu einer „Domestication“ und „Verweiblichung“ der politischen Kultur beigetragen und letzten Endes auch zur Revolution des

Wahlrechts geführt. In der Runde stieß sowohl Richters ethno-praxeologische Langzeitanalyse als auch ihre „eindimensionale Erfolgsstory“ (Albert; Pohl) der Frauenbewegung auf Kritik. URSULA BÜTTNER (Hamburg) und Walter Mühlhausen fragten sich in diesem Zusammenhang, ob nicht vielmehr der Erste Weltkrieg eine entscheidende Katalysatorfunktion für die Politisierung alleinerziehender und beruflich selbstständiger Heimatfrontfrauen hatte. Auch hier wusste Sharp zu unterscheiden. Während die einen den Weltkrieg als das Ergebnis männlicher Politik interpretierten und in der Revolution zu radikalen Pazifistinnen aufstiegen, hätten andere Frauen sich nach ihrer kurzfristigen Unabhängigkeit wieder ums Heim gekümmert oder sozial engagiert.

Unter den Liberalen ging es auch nicht harmonischer zu, konstatierte der am Festabend für seine Habilitation mit dem Hugo-Preuß-Preis ausgezeichnete Politikwissenschaftler und Ideenhistoriker JENS HACKE (Halle). Progressive und konservative Kräfte des Liberalismus wie Max Weber, Hugo Preuß oder Friedrich Meinecke seien trotz erfolgreicher Gründung der DDP im Jahr 1918 zwischen „Erneuerung und Existenzkrise“ gefangen gewesen. Ernst Troeltschs vielbemühnte Revolutionsmetapher vom „Traumland“ der Sehnsüchte und Verheißungen habe sich im Laufe der zwanziger Jahre auch im politischen Liberalismus in Luft aufgelöst. Die Entwicklung der Konservativen beurteilte KIRSTEN HEINSOHN (Hamburg) ganz ähnlich, zumal sie sich 1924/ 1925 von den Völkischen spalteten. Die Historikerin stellte am Ende ihres Vortrages aber noch zwei neuere Lesarten zur Diskussion: Zum einen schlug sie vor, die Revolution auf den Zeitraum zwischen 1917 und 1924 auszudehnen. Zum anderen charakterisierte sie diese „Übergangszeit“ als eine „Ereigniskaskade“, da auf die Dichte der Ereignisse nur noch reagiert, das Chaos aber nicht mehr in eine stabile Ordnung hätte gebracht werden können. Beide Vorschläge erinnerten an den 2015 bereits aus einer Kölner Tagung hervorgegangenen Sammelband „A Revolution in Context“, in dem die Deutsche Revolution als Teil einer zwischen 1916 und 1923 verbreiteten „globalen Ordnungskrise“ begriffen wurde².

MARK JONES (Dublin), neben Rossol und Albert einer der damals anwesenden Tagungsteilnehmer, knüpfte in seinem Vortrag an diese raumgeschichtlichen Langzeitperspektiven an. Im Anschluss an die kritische Rezeption seiner jüngst ins Deutsche übersetzten Studie „Am Anfang war Gewalt“ wiederholte er seine These von der staatsgewalttätigen Gegenrevolution als Herkunftskontext des nationalsozialistischen Gewaltregimes. Obwohl er damit keine kausalgeschichtliche Kette von Gewaltexzessen herleiten wollen, wurde seine Kontinuitäts- bzw. Parallelitätsthese in der Diskussion mehrheitlich abgelehnt: von Niess, weil er umgekehrt die weitestgehend friedliche Revolution als Beginn der Demokratie interpretierte; von DETLEF LEHNERT (Berlin), weil er in seinem Vortrag mit Blick auf die Städte im gesamten Reich die Gewaltpräsenz in den Hauptstädten der Revolution relativierte; von MARTIN SABROW (Potsdam / Berlin) mit Verweis auf Timothy Snyder, weil sich die Formen der staatlichen Ordnungsgewalt in der Weimarer Republik nicht mit der exterminatorischen Gewalt im ‚Dritten Reich‘ gleichsetzen ließe.

Die allgemeine Erregung um die Gewaltfrage ebte erst wieder ab, als es im siebten Panel um die betont nüchterne Betrachtung des Rechts während der Revolution ging. MANFRED BALDUS (Erfurt) erweiterte die historische Perspektive auf die Revolution mit seinem juristischen Revolutionsbegriff. Dessen Allgemeingültigkeit sei ein Grund dafür, warum er den gleichen Vortrag schon vor zwanzig Jahren gehalten habe. Unter Rechtswissenschaftlern sei die Novemberrevolution nämlich keineswegs umstritten. Vielmehr gelte sie als Paradebeispiel für eine Revolution im klassisch staatsrechtlichen Sinne, weil sie auf verfassungsrechtlicher Ebene die alte Rechtsordnung durch eine neue ersetzt hat. Dass diese Auslegung die Ambiguität dieser, aber auch anderer Revolutionen nicht fassen könne, so Sabrow, bestätigte DANIEL SIEMENS (Newcastle) in seinem Vortrag mit

²Vgl. Thomas Blanck, Rezension zu: Weinhauer, Klaus; McElligott, Anthony; Heinsohn, Kirsten (Hrsg.), *Germany 1916–23. A Revolution in Context*. Bielefeld 2015, in: *H-Soz-Kult*, 21.02.2017, <www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-25604>.

Blick auf das ambivalente Rechtsverständnis der Sozialdemokratie, das zwischen einer obrigkeits- und volksstaatlichen Auslegung der (Räte-)Revolution changierte.

Obwohl erst im letzten Panel über die „Revolution als Erinnerungsort der Berliner Republik“ verhandelt werden sollte, setzten sich Sabrow und Jones zwischenzeitlich immer wieder kontrovers über ihre gegenwärtige Bedeutung auseinander. Während Jones schon zu Beginn seines Vortrages Weimar als negatives Lehrstück behandelte, indem er die damaligen mit heutigen Gewaltspiralen verglich, sah Sabrow für solche Analogien keinen Anlass. Schon in seiner Festrede vertrat der Historiker die These, dass die „Forschung festgefahren“ sei. Als Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Stiftung Deutsches Historisches Museum fragte er sich deshalb auch, ob es überhaupt etwas Neues auszustellen gäbe. Nachdem Gallu die verfrühte Diskussion über die erinnerungspolitische Dimension der Revolution an dieser Stelle unterbrach und dem Tagungsprogramm gemäß erst im letzten Panel wiederaufnahm, packte Sabrow in seinem Schlusskommentar die Gelegenheit beim Schopfe, Gallus' These von der vergessenen Revolution zuzuspitzen, indem er ihr sogar das Prädikat ‚Revolution‘ absprach. Dabei schloss er sich MARTIN PLATTS (Köln) Überlegungen an, den zeitgenössischen Begriff aus analytischen Gründen zu verwerfen und ihn durch ‚Aufbruch‘ oder ‚Umbruch‘ zu ersetzen. Diese normative Auffassung teilten insbesondere jene nicht, die von der zeitgenössischen Semantik des Revolutionsbegriffes ausgingen: Heinsohn schlug vor, ihn in eine längerfristige Ereigniskette einzubetten, statt ihn zu verabschieden. Für Niess war die nationalsozialistische Instrumentalisierung der Novemberrevolution für die eigene Antisystempropaganda Grund genug, sich an die größte revolutionäre Massenbewegung in der deutschen Geschichte neu zu erinnern und ihr endlich und öffentlich den Platz einzuräumen, der ihren demokratischen Errungenschaften gebühre. Im Unterschied zu Sabrow, der die Aufgabe des Zeithistorikers auf die Reflexion beschränkte, sah Niess den Wissenschaftler in der Verantwortung, der Allgemeinheit ein demokratisches Geschichtsbewusstsein zu vermitteln. Damit

war jene einleitend erwähnte Gretchenfrage angesprochen, die sich an jeden in der Öffentlichkeit tätigen Wissenschaftler richtet: der berufsethische Umgang mit dem Jubiläumskult oder, mit Nietzsche gesprochen: dem Nutzen und Nachteil der Revolution für unsere heutige Demokratie. Die Geister schieden sich auch hier bis zum Schluss.

Forschungsgeschichtlich wurden im Laufe der Tagung insbesondere vier neuere Ansätze diskutiert: Methoden und Theorien der politischen Kulturgeschichte, der Historischen Semantik, der Genderforschung und der transnationalen Raum- und Globalgeschichte. Jüngere Ansätze von NachwuchsforscherInnen, denen diese *turns* geläufig waren, befanden sich in den Diskussionen allerdings in der Minderheit. Sabrow erinnerten viele Debatten deshalb an die „Schlachten der 80er Jahre“. Physisch machte sich dies durch die Abwesenheit vieler älterer Herren und Schulen während des obligatorischen ‚Frauenpanels‘ und während der Präsentation der ausgezeichneten Bachelor- und Masterarbeiten zur Weimarer Republik (siehe Tagungsprogramm) bemerkbar. Inhaltlich gab die sogenannte ‚Fenster‘-Debatte ein eindrückliches Beispiel für den kulturgeschichtlichen Umbruch in den Geisteswissenschaften ab: Spekulierten Machtan, Pohl, Lehnert unter anderem über das „Zeitfenster“ zwischen dem 22. und 24. Oktober 1918, in dem die konstitutionelle Monarchie theoretisch noch hätte gerettet werden können – wobei es Meinungsunterschiede in der Frage gab, ob dieser Zeitraum als Mitte oder Ende Oktober zu bezeichnen sei – diskutierten Sabrow, Pyta und einige jüngere ForscherInnen aus dem Publikum, wie DOMINIK JUHNKE (Potsdam), über die rezeptionsgeschichtliche Bedeutung des postrevolutionär stilisierten Fensters der Republikausrufung.

So hat gerade dieser kleine clash of cultures, sexes and generations illustriert, dass sich die Revolutions- genauso wie die Weimarforschung in einem Umbruch befindet, der nicht dem aktuellen Jubiläum geschuldet, sondern eben jenen neueren Forschungstheorien und -methoden zu verdanken ist, die hier teilweise noch unter dem Verdacht der Unwissenschaftlichkeit standen. Anstatt aktuelle und alte Ansätze, Historiker und Politikwissen-

schaftler, Frauen und Männer gegeneinander auszuspielen, betonte ANDREAS BRAUNE (Jena) in seinen Schlussworten, sollten diese gegensätzlichen Geschichten eine gleichwertige Gewichtung erfahren. Denn eines müsse nach der langjährigen geschichts- und parteipolitischen Vereinnahmung der Revolution endlich überwunden werden: die Vorstellung, dass man sich auf ein einziges Großnarrativ einigen müsse. Dasselbe gilt für die damaligen Widersprüche und Differenzen. Sie der heutigen „Authentizitäts- und Identitätssehnsucht“ wegen aufzulösen, erleichtert vielleicht den kollektiven Zugang zu einem einheitlichen Revolutionsgedenken, wie Sabrow meinte. Eine anachronistische Harmonisierung der Revolutionsgeschichte erschwert der Öffentlichkeit aber auch den Weg zur Erkenntnis ihrer Vielschichtigkeit und Umstrittenheit. Findet sich ein gesunder Mittelweg zwischen wissenschaftlicher Reflexion und didaktischer Reduktion, kann gerade der historisch so heterogen besetzte 9. November in unser kollektives Gedächtnis eingehen als Beispiel für eine partizipatorisch angelegte Erinnerungskultur. Diese Form des Gedenkens käme einem pluralistischen Demokratieverständnis zumindest näher als eine eindimensionale Lesart ihrer Entstehungsgeschichte.

Konferenzübersicht:

Michael Dreyer / Andreas Braune (Jena): Begrüßung und Einführung

1. Sitzung: War das Kaiserreich noch zu retten?

Lothar Machtan (Bremen): Geburtshelfer der Demokratie? Prinz Max von Baden – der letzte Kanzler des Kaisers

Karl Heinrich Pohl (Kiel): Die unnötige Revolution? Überlegungen zu einer Neuinterpretation der Ereignisse von 1918/19

2. Sitzung: Umwälzungen des Sagbaren oder Business as usual?

Nadine Rossol (Essex): „Die Abdankung unseres Kaisers hat mich nicht besonders getroffen...“ - Emotionen, Erwartungen und Teilhabe an der deutschen Revolution 1918/19

Wolfram Pyta (Stuttgart): Demokratischer Urknall im Traumland – Kulturhistorische Re-

flexionen über den Gestaltwandel des Politischen von November 1918 bis Mai 1919

Abendveranstaltung

Verleihung der Preise zu Forschungsarbeiten zur Weimarer Republik

Festvortrag von Martin Sabrow (Potsdam / Berlin): Verhasst – Verehrt – Vergessen: Die Novemberrevolution in der deutschen Gedächtnisgeschichte

3. Sitzung: Die Russische Revolution und die deutsche Linke

Gleb J. Albert (Zürich): 1917-19 – Eine russisch-deutsche Doppelrevolution?

Walter Mühlhausen (Heidelberg): Programm vs. Realpolitik – Sozialdemokratie und radikale Linke in der Revolution

4. Sitzung: Auf- oder Zusammenbruch? Liberale und Konservative in der Revolution

Jens Hacke (Halle): Das Wagnis der Demokratie. Der Liberalismus zwischen Erneuerung und Existenzkrise

Kirsten Heinsohn (Hamburg): Zusammenbruch und Kontinuitäten. Konservative Reaktionen auf die Revolution

5. Sitzung: Frauen(-bewegung) und Revolution

Ingrid Sharp (Leeds): Die Frauenbewegung und die Revolution

Hedwig Richter (Hamburg): Eine revolutionäre Selbstverständlichkeit? Das Frauenwahlrecht als nichtkontroverse Errungenschaft der Revolution

6. Sitzung: Revolution und Gewalt; Orte der Revolution

Mark Jones (Dublin): Am Anfang war Gewalt. Violence and the German Revolution of 1918-19

Detlef Lehnert (Berlin): Eine Revolution der Städtevielfalt?

7. Sitzung: Die Revolution und das Recht

Manfred Baldus (Erfurt): Die Novemberrevolution und ihre Fragen an das Recht

Daniel Siemens (Newcastle): Revolutionäre Justiz? Volkssouveränität und Recht bei Erich Kuttner und Walther Lamp¹ in der frühen Weimarer Republik

8. Sitzung: Vorstellung der B.A.- und M.A.-Arbeiten der PreisträgerInnen

Matthias-Erzberger-Preis:

Ludwig Decke, B.A. (Leipzig): Feindschaft statt Vermittlung. Carl Schmitts Antiliberalismus in der Weimarer Republik

Simon Sax, B.A. (Bremen): Wahlempfehlungen in der deutsch-jüdischen Presse vor den Reichstagswahlen im September 1930 und Juli 1932. Eine Versicherheitlichungsanalyse

Hugo-Preuß-Preis:

Angela Schuberth, M.A. (Berlin): Der Begriff der „Volksgemeinschaft“ vor dem Nationalsozialismus. Eine empirische Analyse des Begriffsgebrauchs in der Vossischen Zeitung zwischen 1918 und 1933

Grischa Sutterer, M.A. (Tübingen): Alternative Ordnungsentwürfe im deutschen Offizierskorps zwischen Nation und Weltpolitik, 1915-1923. Friedrich von Boetticher, Oskar von Niedermayer, Hans von Seeckt

9. Sitzung: *Die Novemberrevolution: Ein verlorenener Erinnerungsort?*

Wolfgang Niess (Stuttgart): Die ungeliebte Revolution. Die verdrängte und politisierte Erinnerung an 1918/19 im geteilten Deutschland

Martin Sabrow (Potsdam / Berlin): Kommentar: Die Novemberrevolution als Erinnerungsort der Republik?

Andreas Braune / Michael Dreyer (Jena): Schlussworte

Tagungsbericht *Zusammenbruch, Aufbruch, Abbruch? Die Novemberrevolution als Ereignis und Erinnerungsort*. 24.11.2017–26.11.2017, Weimar, in: H-Soz-Kult 12.01.2018.